

## Pressespiegel vom 12.10.2011

### **Sächsische Zeitung**

#### **Landtag entscheidet über Immunität von Linkschef Hahn**

Dresden. Die CDU/FDP-Koalition im Landtag will trotz rechtlicher Bedenken für eine Aufhebung der Immunität von Linke-Fraktionschef André Hahn stimmen. Daran ließen Vertreter der Regierungskoalition gestern keinen Zweifel.

Die Abstimmung ist für heute geplant. Hahn soll genau wie seine Linke-Amtskollegen aus den Landtagen von Thüringen und Hessen, Bodo Ramelow sowie Janine Wissler und Willy van Oyen, wegen seiner Teilnahme an Protesten gegen Neonazis auf die Anklagebank. Ihnen wird ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht in den Fraktionschefs Rädelsführer von Blockaden gegen Neonazis im Februar 2010 in Dresden und verweist dabei ausdrücklich auf ihre politische Funktion. (dpa)

---

#### **Gutachter halten Demokratie-Klausel für rechtswidrig**

Dresden. Die vom sächsischen Innenministerium geforderte Demokratie-Erklärung verstößt nach Ansicht von Landtagsjuristen gegen geltendes Verfassungsrecht. Wenn bei Förderanträgen ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung verlangt werde, werde „in nicht gerechtfertigter Weise in das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung eingegriffen“, heißt es in einem 29-seitigen Gutachten. Zudem werde damit gegen das in Sachsens Verfassung und im Grundgesetz garantierte Gleichbehandlungsgebot verstoßen.

Über die Erklärung gab es zuvor heftige Debatten. Demokratie-Projekte, die das Bekenntnis nicht abgeben, sind von der Förderung im fast zwei Millionen Euro umfassenden Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ ausgeschlossen. (dpa)

---

#### **Richter mahnt zur Einigkeit am 13. Februar**

*Moderator der Gruppe „13. Februar“ fordert Parteien zur Geschlossenheit auf.*

Wenige Tage vor der Entscheidung der AG 13. Februar hat der Moderator der Gruppe, Frank Richter, alle Initiativen, Parteien und Institutionen zur Geschlossenheit aufgerufen. Bislang haben sich nach Richters Angaben alle Mitglieder der Gruppe auf eine gemeinsame Protestaktion geeinigt. Am 19. Oktober will die Gruppe einen Beschluss fassen.

Nach SZ-Informationen ist am 13. Februar erneut eine Menschenkette geplant. Alle weiteren Aktionen rund um den Februar-Tag sind aber offenbar noch wacklig und teilweise noch umstritten.

Es werde nur gelingen, ein großes Zeichen gegen Rechts zu setzen, wenn alle Demokraten „ernsthaft versuchen, die Positionen der jeweils anderen – auch ihrer politischen Gegner – zu verstehen und auf diese zuzugehen“, sagte Richter gestern der SZ. In diesem Annäherungsprozess sollten Unterstellungen und Diskreditierungen vermieden werden. Richter weiter: „Was Dresden braucht, ist ein

---

vertrauensvoller Schulterschluss gegen die Feinde der Demokratie. Es gilt, die Gemeinsamkeiten der Demokraten zu stärken, ohne deren Unterschiede zu verwischen.“

Letztlich habe jeder aus seiner Perspektive Recht. „Schwierig wird es dann, wenn alle recht behalten wollen und nicht bereit sind, über den eigenen Schatten zu springen“, so Richter. Das Festhalten an der eigenen Auffassung, auch an der eigenen Rechtsauffassung, um jeden Preis schade der Gesellschaft.“ (abi)

---

## **BILD, Ausgabe Dresden**

### **Landtag streitet heute über Radikale!**

*Von Andreas Harlass*

Dresden – Von Bild aufgedeckt – nun wichtigstes Thema im Landtag! Heute tobt eine Redeschlacht, wie es sie lange nicht gab.

Das Thema lautet: Grundrecht auf Versammlungsfreiheit achten – keine Gewaltschulungsseminare an sächsischen Hochschulen.

BILD hatte am 29. September berichtet, dass an der TU Dresden sogenannte Blockadetrainings geplant sind. Bei dem Training sollte am 7./8. Oktober gelehrt werden, wie man Polizeiketten durchbricht, der Mob mit Handzeichen dirigiert wird. Das Training wurde nach unserem Bericht abgesagt.

Heute hält Innenminister Markus Ulbig (47, CDU) zum Thema eine Wutrede! Wie aus dem Ministerium verlautet, wird er Blockaden geißeln, weil sie „linksextremer Gewalt Tür und Tor öffnen“. Außerdem wird er sagen, dass der Rechtsstaat nicht ausgehebelt werden darf. Auch nicht, wenn es gegen Nazis geht.

Die Opposition – also SPD, Grüne und Linke – bilden wie so oft bei dem Thema einen „Linksblock“. Sie werden die Gewalt zwar nicht loben, aber schönreden und verteidigen.

Besonders interessant wird, ob Linken-Fraktionschef André Hahn (48) seine Immunität als Abgeordneter verliert. Darüber wird heute abgestimmt. Und es gilt als sicher, dass er wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz angeklagt wird. Darauf stehen bis zu drei Jahre Haft! Hahn war am 19. Februar 2011 selbst aktiver Blockierer.

Laut FDP-Innenexperte Benjamin Karabinski (30) wäre die Aufhebung der Immunität gerechtfertigt: „Unter dem moralischen Deckmäntelchen des Antifaschismus wird billigend in Kauf genommen, dass Dresden zum Aufmarschgebiet gewaltbereiter Autonomer aus ganz Deutschland wird.“

---

### **Heute erster Prozess gegen Demo-Blockierer**

Vor dem Dresdner Amtsgericht wird heute (13:30 Uhr) die erste Anklage gegen einen Blockierer des Nazi-Aufmarsches vom 19. Februar verhandelt. Dem 21-jährigen Studenten aus Eckernförde wird die Störung von Versammlungen und Aufzügen

---

vorgeworfen. Er soll laut Anklage für zehn Minuten „mit bis zu 1000 anderen Personen“ im Bereich Fritz-Löffler-Straße den Demonstrationzug der Nazis aufgehalten haben.

---

### **Landtag entscheidet über Hahns Immunität**

*Mittwoch, 12. Oktober 2011, 04:00 Uhr*

Dresden (dpa/sn) - Der Landtag entscheidet am Mittwoch über die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn. Er soll wegen seiner Teilnahme an Protesten gegen Rechtsextreme im Februar 2010 in Dresden auf die Anklagebank. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor und sieht in Hahn einen Rädelsführer von Blockaden gegen den genehmigten Neonazi-Aufmarsch. Die CDU/FDP-Koalition will der Immunitätsaufhebung zustimmen, obwohl es rechtliche Bedenken gibt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hatte die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden unlängst infrage gestellt. Auch in der Aktuellen Stunde des Landtages zu Beginn spielen die Proteste gegen Neonazis eine Rolle.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/landtag-entscheidet-ueber-hahns-immunitaet-20417574.bild.html>

---

### **Radio PSR**

#### **Anti-Nazi Proteste in Dresden beschäftigen Landtag**

*12.10.2011, 05:29 Uhr*

Der sächsische Landtag beschäftigt sich heute erneut mit dem Dauerthema 13. Februar in Dresden. Auf Antrag der Koalitionfraktionen soll das angebliche Blockadetraining zur Vorbereitung von Anti-Nazi-Protesten an der TU Dresden diskutiert werden. Sie befürchten deshalb im kommenden Jahr wieder Krawalle. Die Opposition spricht dagegen von einer gezielten Kriminalisierung aller, die gegen Nazis mobil machen. Außerdem entscheidet das Parlament über die Aufhebung der Immunität von Linksfraktionschef Andre Hahn.

[http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2513786/Anti\\_Nazi\\_Proteste\\_in\\_Dresden\\_beschaeftigen\\_Landtag.html](http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2513786/Anti_Nazi_Proteste_in_Dresden_beschaeftigen_Landtag.html)

---

#### **Sächsische Demokratieerklärung ist rechtswidrig**

*11.10.2011, 15:49 Uhr*

Die Demokratieverklärung in Sachsen ist rechtswidrig. Davon geht der juristische Dienst des Landtages aus. Eine solche Erklärung müssen Vereine unterschreiben, die über das Programm "Weltoffenes Sachsen" Fördermittel vom Land beantragen. Die Staatsregierung will auf diese Weise verhindern, dass das Geld in Projekte fließt, die eigentlich das Ziel verfolgen die Demokratie in Sachsen zu unterwandern. Die Experten des Landtages bemängeln nun, dass die sogenannte Extremismusklausel die Meinungsfreiheit verletzt und es keine rechtliche Grundlage dafür gibt.

[http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2512759/Saechsische\\_Demokratieerklarung\\_ist\\_rechtswidrig.html](http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2512759/Saechsische_Demokratieerklarung_ist_rechtswidrig.html)

---

## **Mitteldeutscher Rundfunk**

### **Landtag entscheidet über Immunität von Hahn**

Der sächsische Landtag entscheidet heute über die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn. Am Vormittag lehnte eine Mehrheit im Parlament den Antrag der Linksfraktion ab, den Punkt von der Tagesordnung zu streichen. Die Linke hatte argumentiert, dass zunächst alle rechtlichen Fragen geklärt werden sollten. Hahn soll wegen seiner Teilnahme an Protesten gegen Rechtsextreme im Februar 2010 in Dresden auf die Anklagebank. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor und sieht in Hahn einen Rädelsführer von Blockaden gegen den genehmigten Neonazi-Aufmarsch. Die Anhänger der rechten Szene konnten damals nicht durch die Stadt marschieren, weil Gegendemonstranten den Versammlungsort verstellten.

### **Aufruf zu illegalen Aktionen?**

Hintergrund ist ein Video auf Hahns Internetseite, das ihn inmitten von Demonstranten zeigt. Nach Angaben der Linkspartei ging der Film aber erst zwei Tage nach der Kundgebung online, womit der Vorwurf des Aufrufs zu nicht genehmigten Aktionen hinfällig sei. Hahn selbst spricht von einem politisch motivierten Verfahren und weist die Vorwürfe zurück.

Die CDU/FDP-Koalition will der Immunitätsaufhebung zustimmen, obwohl es rechtliche Bedenken gibt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hatte die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden unlängst infrage gestellt. Auch in der Aktuellen Stunde des Landtages zu Beginn spielen die Proteste gegen Neonazis eine Rolle. Auf Antrag von CDU und FDP geht es in der Debatte um Blockaden gegen Neonazis.

### **Immunität von Ramelow bereits aufgehoben**

Der Justizausschuss des Thüringer Landtags hatte bereits in der vergangenen Woche die Immunität des Linke-Fraktionschefs Bodo Ramelow aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft dem Politiker vor, die Blockade des Neonazi-Aufmarschs am 13. Februar 2010 in Dresden mitorganisiert zu haben. Ramelow hatte dort zu einer Fraktionssitzung unter freiem Himmel aufgerufen. Gegen die beiden Fraktionsvorsitzenden der Linken im Hessischen Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen, ermittelt die Staatsanwaltschaft ebenfalls.

Zuletzt aktualisiert: 12. Oktober 2011, 12:07 Uhr

<http://www.mdr.de/nachrichten/hahnimmunitaet100.html>

---

### **Erste Prozesse gegen Nazi-Blockierer**

Vor dem Amtsgericht Dresden beginnen heute die ersten Verfahren gegen Teilnehmer einer Blockade gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden. Wie eine Gerichtssprecherin mitteilte, stehen eine 45 Jahre alte Lehrerin und ein 22 Jahre alter Student vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft ihnen vor, im Februar dieses Jahres gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Laut Anklage sollen sie sich mit 1.600 weiteren Aktivisten an der Blockade in der Nähe des

Dresdner Hauptbahnhofs beteiligt haben. Bereits an diesem Montag sollte ein erster Prozess gegen eine Teilnehmerin beginnen. Er wurde nach Aussage eines Gerichtssprechers kurz vorher abgesagt. Weitere Einzelheiten nannte er nicht.

### **Verwirrung um geltendes Versammlungsgesetz**

Die Ermittlungen gegen die Nazi-Blockierer sind bundesweit heftig umstritten. Einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zufolge sind sie möglicherweise sogar rechtswidrig. Demnach besteht sowohl für das Jahr 2010 als auch für 2011 eine sogenannte "Strafbarkeitslücke". Hintergrund sei das sächsische Versammlungsgesetz, das im April 2011 rückwirkend zum Januar 2010 gekippt wurde. Damit war bei beiden Blockaden, die jeweils im Februar stattgefunden haben, das sächsische Gesetz nicht gültig.

Und auch das Bundesversammlungsgesetz, auf das sich die Dresdner Staatsanwaltschaft und das Justizministerium jetzt berufen, kann dem Gutachten zufolge nicht angewendet werden. Das Gericht würde damit gegen das Grundgesetz verstoßen, in dem ein sogenanntes Rückwirkungsverbot verankert ist. Das bedeutet, dass gegen Angeklagte nachträglich keine höheren Strafen verhängt werden dürfen. Im alten sächsischen Versammlungsgesetz konnte für die Blockade einer Demonstration eine Höchststrafe von zwei Jahren verhängt werden, im Bundesgesetz sind es drei. Insgesamt sind für die Blockaden in diesem Jahr 50 Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz anhängig, für das im Vorjahr vier.

Zuletzt aktualisiert: 12. Oktober 2011, 11:25 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/blockadeprozess100.html>

---

### **CDU-Fraktion für gemeinsames Vorgehen gegen Neonazis**

Dresden - Die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag hat den anderen demokratischen Fraktionen vorgeschlagen, gemeinsam den Protest gegen Rechtsextremismus am 13. Februar zu organisieren. Nach Informationen von MDR 1 RADIO SACHSEN soll es darüber Gespräche geben. Denkbar seien gewaltfreie Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremisten. Es dürfe aber keine Sitzblockaden geben, so die CDU-Fraktion. - Am Abend will der Landtag über die Immunität des Fraktionsvorsitzenden der Linken, Hahn, abstimmen. Die Staatsanwaltschaft will ihn wegen der Blockade eines genehmigten Neonazi-Aufmarsches im Februar letzten Jahres anklagen.

<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html#anchor1>

---